

kurz im fokus

Präventionsbericht der GKV

Die präventiven Angebote der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden zunehmend in Anspruch genommen. 2004 erreichte die GKV mit Präventionsleistungen rund doppelt so viele Menschen (3,4 Millionen) wie im Jahr 2003 (1,7 Millionen). Dies geht aus dem vierten Präventionsbericht hervor, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDS) gemeinsam mit den Kassen-Spitzenverbänden vorstellte. Mit diesen Ergebnissen unterstreichen die Krankenkassen die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung in der Gesundheitspolitik. **Der Dokumentationsbericht 2004 sowie eine Zusammenfassung der Ergebnisse können unter www.gkv.info oder www.mds-ev.de abgerufen werden.**

Haftung bei falscher Information

Mit einer Entscheidung zur wirtschaftlichen Aufklärung eines Privatpatienten durch den Zahnarzt hat das Oberlandesgericht (OLG) Köln Umfang aber auch Grenzen dieser Pflicht definiert. Arzt und Krankenhaus müssen demnach den Patienten darauf hinweisen, wenn zu befürchten ist, dass z.B. die Krankenkasse die gewünschte oder vom Arzt vorgesehene Behandlung nicht bezahlen wird (BGH, Urt. v. 9.05.2000 – VI ZR 173/99, S. 16). Die wirtschaftliche Hinweispflicht ist, im Gegensatz zur sonstigen Aufklärungsverpflichtung, lediglich eine Nebenpflicht aus dem Behandlungsvertrag und somit nicht der eigentlichen ärztlichen Behandlung zuzurechnen. Die Verletzung dieser Pflicht gibt dem Patienten einen Anspruch auf Befreiung von der Kostenbelastung.

Marketingpaket für Zahnärzte

Das Thema Patientengewinnung und Kundenbindung wird von vielen Zahnärzten noch immer vernachlässigt. Die Stuttgarter Sahara Werbeagentur bietet Zahnärzten nun ein modulares Marketingkonzept, das jeder Praxis eine professionelle Patientenkommunikation ermöglicht: die „PraxisEinblicke“. Das Konzept beinhaltet Praxisbrochure, Praxis-Visitenkarten, Termin-, Erinnerungs- und Glückwunschkarten. Herzstück der „PraxisEinblicke“ ist der individuelle, „Google“-optimierte Internetauftritt: ein Webseiten-Konzept im Baukastensystem zum Einstiegspreis von 1.299,00 EUR zzgl. einmaligen 399,00 EUR Individualisierungskosten mit patientengerechten Texten zu allen Themen der Zahnheilkunde.

Infos unter www.praxiseinblicke.de und direkt bei der Sahara Werbeagentur, Tel. 0711/23730-18.

Elektronische Gesundheitskarte

Mit einhelliger Zustimmung der Länder hat das Bundesministerium für Gesundheit festgelegt, in welchen Ländern Feldtests mit der elektronischen Gesundheitskarte starten sollen. Es sind: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Buchvorstellung:

„Kompass Gesundheitsmarkt 2006“

Zahlen, Daten, Fakten – wer wissen will, was der „Gesundheitsmarkt“ eigentlich ist, von dem heute so viel geredet wird, der findet in dieser Neuerscheinung Antwort auf diese Frage. Konzentriert und übersichtlich stellt Dr. Uwe K. Preusker, Chefredakteur der Zeitschrift „KlinikManagement Aktuell“, in seinem Buch volkswirtschaftliche Rahmendaten und betriebswirtschaftliche Kenndaten für den deutschen Gesundheitsmarkt und die daran beteiligten Branchen zusammen, und versäumt auch



nicht den Blick auf den Gesundheitsmarkt Europa. Er stellt auf diese Weise eine Reihe wichtiger Informationen zusammen, die für alle von Bedeutung sind, die sich heute in diesem Sektor „vermarkten“ müssen: Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Arztpraxen, Labors und Medizintechnik, Apotheken und pharmazeutische Industrie.

Dr. Uwe K. Preusker (Hrsg.)

„Kompass Gesundheitsmarkt 2006“

Zahlen - Daten - Fakten

Economica Verlag, Verlagsgruppe Hüthig

Jehle Rehm

272 Seiten

28,- Euro

ISBN 3-87081-428-4

Gesundheitswesen:

Besteuerung von Spitzenverdienern

Mit einer höheren Besteuerung von Spitzenverdienern will der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach das Gesundheitswesen sanieren. Unterdessen ist Gesundheitsministerin Ulla Schmidt weiter darum bemüht, die Arzneimittelkosten zu senken. Der Bundestagsabgeordnete Lauterbach begründete seine Anregung in der „Welt am Sonntag“ mit dem Hinweis, dass sich die Gutverdienenden bislang an der solidarischen Finanzierung des Systems „nur weit unterproportional beteiligen“. Er gab zu bedenken, dass Spitzenverdiener und Selbstständige in der Regel privat versichert seien und daher nicht zur Finanzierung der Krankenversicherung für Geringverdiener beitragen.

Auch die Krankenversicherung der Kinder werde überwiegend von der Solidargemeinschaft finanziert. Mit den Einnahmen aus höheren Steuern könne etwa die medizinische Versorgung der Kinder bezahlt werden. „Dies würde die Beitragssätze senken und sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken“, erklärte Lauterbach. Hintergrund für die Überlegungen des SPD-Politikers ist der steigende Reformdruck in der gesetzlichen Krankenversicherung. „Ohne Finanzreform würde der Beitragssatz um einen Prozentpunkt steigen. Für die sich er-

holende Konjunktur käme es zu einem unkalkulierbaren Belastungstest“, schrieb Lauterbach.

Gesundheitsministerin Schmidt sprach im Nachrichtenmagazin „Focus“ von der Möglichkeit, jenen Patienten die Praxisgebühr zu erlassen, die sich gezielt preiswerte Medikamente verschreiben lassen. Die Koalitionsfraktionen prüften derzeit, ob dies noch in das Konzept für die bevorstehende Gesundheitsreform aufgenommen werden sollte. Ziel der Reform ist es nach den Worten Schmidts, bei den Arzneimitteln in diesem Jahr eine Milliarde Euro und 2007 rund 1,3 Milliarden Euro einzusparen. Ferner hält die SPD-Politikerin höhere Arzthonorare im Austausch gegen geringere Arzneimittelkosten für denkbar. „Ich halte es nicht für richtig, dass wir mehr Geld für Arzneimittel ausgeben als für die gesamte Honorierung der niedergelassenen Ärzte“, zitierte der „Focus“ Schmidt. Die Ministerin verwies auf die Tatsache, dass die Ausgaben für Arzneimittel im vergangenen Jahr um 3,6 Milliarden Euro gestiegen seien. Sie sei dafür, dass die Ärzte mehr Honorar bekommen, die sich auf preiswerte Medikamente beschränken. Allerdings müssten diese Arzneimittel ebenso wirksam sein wie die teureren Präparate.